

Länder erhöhen den Druck

Finanzausgleich mit dem Bund: Spannungen werden größer. Bundesländer wollen mehr Geld, klare Worte von Haslauer, Kaiser, Doskozil. Verfassungsklage als letzte Konsequenz.

Das Wortungetüm Finanzausgleich verbreitet auch reale Schrecken. Es geht um Milliarden für Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung. Die Bundesländer haben die Kompetenzen, der Bund hat die Finanzen. Der Ausgleich mit Ländern und Gemeinden für weitere fünf Jahre verläuft zäh. „Wir brauchen mehr Geld“, tönt es täglich aus den Ländern. Zuletzt Salzburgs Wilfried Haslauer (ÖVP) und Kärntens Peter Kaiser (SPÖ), Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz. Kaiser in der gestrigen ORF-Pressestunde mit „Krone“-Chefredakteur Klaus Herrmann und Gastgeberin Claudia Dannhauer: „Es braucht einen neuen Verteilungsschlüssel“, sonst könnten die Länder die gigantischen Brocken nicht stemmen. Auch wisse man nicht, was es mit dem vom Kanzler angekündigten 4,5-Milliardenpaket für Kinderbetreuung auf sich habe. „Ist das Geld zusätzlich? Oder im Finanzausgleich inkludiert?“ Burgenlands Hans Peter Doskozil ortet großes



Finanzausgleich ist Schachern um Milliarden. Peter Kaiser vertritt die Länder, Magnus Brunner den Bund.

Fotos: stock.adobe.com, Uta Rojsek-Wiedergut, SEPA.media/Martin Juen

Misstrauen zwischen Bund und Ländern. Man müsse auf regionale Bedürfnisse eingehen. Wien benötige mehr für Pflege, Burgenland für Spitäler. „Die Hauptschuld, dass nichts weitergeht, trägt der Bund. Die Länder ziehen an einem Strang und werden weiter Druck machen. Es geht nicht um Geld des Bundes für die Länder, es geht um die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung.“

Minister: „Auch der Bund hat Herausforderungen“

Ein von Finanzminister Magnus Brunner angekündigter Zukunftsfonds sei zu unkonkret. Wiens Bürgermeister Michael Ludwig droht gar mit Verfassungsklage. Brunner lässt ausrichten, er habe Verständnis für die Länder, doch habe auch der Bund massive Herausforderungen und müsse Schwerpunkte setzen. „Eine bloße Veränderung des Verteilungsschlüssels ist nicht zielführend. Es braucht gezielte Investitionen in Gesundheit etc.“

Eine baldige Einigung ist nicht in Sicht.

Erich Vogl

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Die Ferien sind vorbei. Vielleicht ist die Politik jetzt wieder bereit, endlich ihre Hausaufgaben zu erledigen.



NÖ-LANDESHYMNEN

Historiker: Weder nationalsozialistisch noch rassistisch, Autor aber problematisch

Niederösterreichs Landeshymne ist unproblematisch. Das befand eine Historikerkommission, die das Land eingesetzt hatte. Es hatte Vorwürfe gegeben, wonach in der Hymne nationalsozialistisches bzw. rassistisches Gedankengut implementiert sei. Die Kommission kam zum Schluss, dass dies nicht

der Fall ist. Das teilte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) auch offiziell am Sonntag mit. Anlass der wissenschaftlichen Prüfung war die Kritik der IG Autoren an der NS-Vergangenheit des Verfassers Franz Karl Ginzkey. Nun stehe fest: „Unsere Hymne bleibt unsere Hymne, und die lassen wir

uns nicht umtexten“, betonte Mikl-Leitner.

Der Vorsitzende der Kommission, der Grazer Historiker Stefan Karner, ergänzte, der Text sei „weder fremdenfeindlich noch antisemitisch“. Allerdings sei die Person Ginzkey selbst problematisch. Die Kritiker hatten angeführt, er sei u. a. für den „Anschluss“ gewesen und habe 1941 die NS-Mitgliedschaft beantragt.